

Vermischtes

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **67 (1992)**

Heft 11: **Regionalteil Innerschweiz, Kostenstatistik 91, Haustechnik**

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Altbatterien zurückbringen ist sinnvoll

Im Rahmen einer Bravo!-Kampagne hat das Bundesamt für Energiewirtschaft im Jahr 1988 über die optimale Benutzung von Batterien informiert. Gegenüber der damaligen Situation haben vor allem zwei Aspekte geändert, die nun in den Neuauflagen der Bravo!-Energiespar-scheibe «Batterien» berücksichtigt worden sind.

Erstens enthalten Alkalibatterien dank den Bemühungen der Hersteller im Vergleich zu früher nur noch Spuren von Quecksilber. Sie enthalten also deutlich weniger Schadstoffe als die aufladbaren Nickel-Cadmium-Akkus. Die letzteren eignen sich vor allem bei regelmässiger Anwendung über längere Zeiten, d.h. für zahlreiche Aufladezyklen.

Und zweitens werden in der Schweiz Anlagen gebaut, um die Altbatterien zu behandeln. Somit entfällt das Argument, es sei sinnlos, Batterien zu sammeln, die anschliessend in eine ausländische Deponie gefahren werden müssen. Eine solche Lösung war nämlich mit unserem Umweltbewusstsein schwer zu vereinbaren.

Im Mai 1989 haben mehrere Kantone, die Stadt Zürich, Grossverteiler und andere Privatfirmen auf Initiative des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) eine Aktiengesellschaft gegründet, mit dem Ziel, für die Schweiz eine geeignete Batterie-Entsorgung zu realisieren. Auf dem Areal der Eidg. Pulverfabrik in Wimmis (BE) wird eine Anlage gebaut, die eine japanische Technologie anwenden wird, um jährlich 2000 Tonnen Altbatterien zu behandeln. Gleichviele Batterien wird auch die Anlage einer anderen Aktiengesellschaft in Aclens (VD) entsorgen, die durch den Kanton Waadt unterstützt wird. Zudem sollen dort jährlich 2 Millionen Fluoreszenzröhren sowie andere Sonderabfälle wie z.B. Entladungslampen behandelt werden. Die in der Schweiz entwickelten Verfahren will die Firma auch im Ausland vermarkten. Mit beiden Verfahren können rund 95% der Batterieinhalte in wiederverwertbare, direkt handelbare Rohstoffe zurückgewonnen werden. Ferro-mangan wird z.B. allen Stahlqualitäten beigemischt, die einer starken Belastung ausgesetzt sind; so etwa für die Zähne der Baggerschaufeln für Eisenbahnschienen oder für Brücken- oder Baustahl usw. Zink, das ebenfalls einen grossen Anteil in den Batterien ausmacht, kann als Korrosionsschutz Verwendung finden. Auch Quecksilber kann in reiner Form zurückgewonnen werden. Für die verglaste, steinharte Schlacke, die nur noch 5% der behandelten Menge ausmacht, muss noch eine Lösung gefunden werden; vor-derhand muss sie noch in eine Deponie geführt werden.

Ab 1992 werden in den beiden Anlagen in der Schweiz insgesamt 4000 Tonnen Altbatterien pro Jahr behandelt werden

können. Im Vergleich dazu wurden im Jahr 1989 in der Schweiz insgesamt rund 3100 Tonnen Batterien gekauft, wovon rund 40% (Rundbatterien) bis 80% (Knopfzellen) an die Verkaufs- oder Sammelstelle zurückgebracht worden sind. Dieser Anteil dürfte ansteigen, weil die neue Gesetzgebung den Konsumenten dazu verpflichtet. Zudem ist vorgesehen, dass die Batteriehersteller und -importeure auf freiwilliger Basis eine vorgezogene Entsorgungsgebühr erheben, mit der die nachträglichen Kosten der Behandlung bezahlt werden können. In der vorgesehenen Revision des Umweltschutzgesetzes soll die rechtliche Grundlage für die Erhebung von Entsorgungsgebühren durch den Bund geschaffen werden.

Aus der Sicht des Energieverbrauchs muss für die Behandlung der Altbatterien zusätzlich «Graue Energie» aufgewendet werden, nämlich für den Abtransport und die Verarbeitung der eingesammelten Batterien. Die rückgewonnenen Stoffe erlauben aber, einen z.T. beachtlichen Teil der Energie einzusparen, die für die Gewinnung der neuen Rohstoffe hätte aufgewendet werden müssen. Deshalb ist der Vorgang sicher auch energetisch interessant.

Aus:

Energie-Spar-Nachrichten 72/1992 ■

Eidgenössische Volkszählung 1990

Die definitiven Resultate der Volkszählung 1990 zeichnen ein Bild der Schweiz im Wandel. Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt, hat die Wohnbevölkerung seit 1980 vergleichsweise stark auf nahezu 6,9 Mio. (+ 8,0%) zugenommen. 14 neue Städte mit über 10000 Einwohnern sind entstanden. Vor allem als Folge der Zuwanderung erreichte der Ausländeranteil 18,1%. Die Alterung der Bevölkerung hat sich fortgesetzt. Aufgrund der grösseren Scheidungshäufigkeit machen die geschiedenen Personen heute 4,3% der Wohnbevölkerung aus.

1980-1990: Starkes Bevölkerungswachstum

Am 4. Dezember 1990 zählte die Schweiz 6 873 687 Personen, 3 390 446 Männer und 3 483 241 Frauen. Im Vergleich zu 1980 entspricht dies einer Zunahme um insgesamt 507 727 Personen oder 8,0%. Die Bevölkerung ist damit zwischen 1980 und 1990 deutlich stärker gewachsen als im vorangegangenen Jahrzehnt, als die Zuwachsraten knapp 1,5% betragen hatte. Das Bevölkerungswachstum der 80er Jahre ist zu zwei Dritteln auf die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern und zu einem Drittel auf den Geburtenüberschuss zurückzuführen.

Demographische Alterung setzt sich fort

Die Entwicklung hin zu einer immer älteren Bevölkerung hat sich im vergangenen Jahrzehnt fortgesetzt. 1990 wohnten in der Schweiz 991 429 Personen (14,4%), die 65 und älter sind (1980: 13,9%). Ein Viertel der Betagten (255 349 Personen) war über 80jährig.

Zwischen den Kantonen zeigen sich in der Altersstruktur deutliche Unterschiede: Im Kanton Basel-Stadt ist der Anteil der über 65jährigen mit 20,1% am grössten, während der Kanton Zug mit lediglich 11,0% den kleinsten Anteil Betagter aufweist. Auf der anderen Seite lebten in der Schweiz 1990 1 153 966 Kinder im Alter unter 15 Jahren (16,8%). 1980 hatte ihr Anteil noch 19,2% betragen. Die niedrigen Geburtenziffern haben in den 80er Jahren zu einem weiteren Schnitt an der Basis der Alterspyramide geführt.

Verwitwung und Scheidung treffen besonders die Frauen

Die Verteilung der Bevölkerung nach Zivilstand zeigt ein relativ stabiles Bild. Der Anteil verheirateter Personen ist zwischen 1980 und 1990 nur leicht angestiegen (1980: 47,3%; 1990: 47,5%). Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts waren lediglich 32,6% der Bevölkerung verheiratet gewesen. Der Anteil lediger Personen betrug damals – vor allem wegen der jungen Altersstruktur – 60,7% und lag damit wesentlich höher als 1990 (42,1%).

1990 waren 6,1% aller Personen in der Schweiz verwitwet (1980: 6,0%), wobei mit einem Anteil von 82,8% in erster Linie Frauen dieser Gruppe angehören. 44,7% der über 65jährigen Frauen sind verwitwet. Der Anteil geschiedener Personen hat sich zwischen 1980 und 1990 um einen Drittel von 3,2% auf 4,3% erhöht. 57,1% der Geschiedenen stehen im Alter zwischen 35 und 54 Jahren und 59,2% aller geschiedenen Personen sind Frauen.

Ausländische Bevölkerung: Zunahme und veränderte Struktur

Insgesamt 1 246 621 Ausländerinnen und Ausländer (einschliesslich Asylbewerber und Saisoniers) lebten zum Zeitpunkt der Volkszählung 1990 in der Schweiz, was einem Anteil von 18,1% der Gesamtbevölkerung entspricht. 1980 hatten die 994 974 Ausländer noch 14,8% der Gesamtbevölkerung repräsentiert. Die heutige Situation scheint jener von 1970 ähnlich, als der Ausländeranteil 17,2% betrug. Seit 1970 hat sich aber die Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung wesentlich gewandelt. Eine deutliche Veränderung zeigt sich beim Aufenthaltsstatus und der Aufenthaltsdauer. 1990 verfügten rund zwei Drittel (66,1%) der Ausländer über eine Niederlassungsbewilligung, während 1970 lediglich 32,4% eine solche besessen hatten. Bundesamt für Statistik ■

Neue Ökomaschinen von Wyss Mirella

Minimaler Verbrauch (Wasser, Strom, Waschmittel) und modernes Design sind Eigenschaften, die heute bei Waschmaschinen eine Selbstverständlichkeit sind.

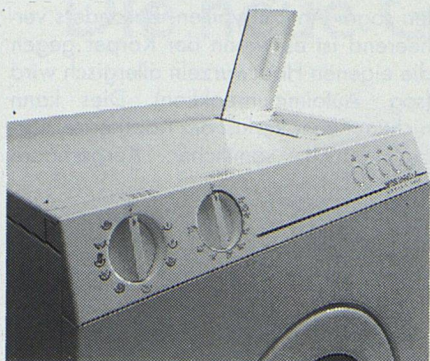


Foto: Gebr. Wyss AG

Als erste Waschmaschinenfabrik haben die Gebr. Wyss AG, 6233 Büron, die neuen Ökomaschinen und Tumbler nach gesamtökologischen Kriterien entwickelt.

Die Robustbauweise garantiert eine überdurchschnittliche Lebensdauer und minimale Unterhaltskosten. Alle eingesetzten Werkstoffe (praktisch kein Kunststoff) lassen sich bereits heute problemlos wiederverwenden.

Die Wyss Mirella 3000 Ergo-Top-Modelle sind einfach zu bedienen. Mit der freien Programm- und stufenlosen Temperaturwahl kann das Waschprogramm individuell auf den jeweiligen Verschmutzungsgrad der Wäsche abgestimmt werden, um so zusätzlich Strom, Wasser und Waschmittel zu sparen.

Für das Waschen mit seifenhaltigen Produkten bietet Wyss Mirella ein Gesamtkonzept an, bestehend aus vorgeschaltetem Wasserenthärter (Ionenaustauscher)

und Waschmaschine mit speziellem Weichwasseranschluss. Ebenso können die Waschmaschinen auch speziell für die Nutzung von solarerwärmtem Wasser ausgerüstet werden.

Gebrüder Wyss AG, Waschmaschinenfabrik, 6233 Büron, Tel. 045/74 00 74

Europäische Gemeinschaft (EG) und Raumplanung

Auch in der bisher vor allem auf rein wirtschaftliche Ziele angelegten EG macht man sich Gedanken, welche Auswirkungen der europäische Binnenmarkt auf den Raum und die Umwelt haben könnte. Denn eines ist klar: Die sich aus den zunehmenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen ergebenden Handels-, Kapital- und Verkehrsflüsse werden Spuren in Landschaft und Umwelt hinterlassen. Man denke bloss an das Wachstum des Alpenstrassenverkehrs als für uns Schweizerinnen und Schweizer anschaulichstes Beispiel, zum andern aber auch an die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft bezüglich des Standortes von Produktionsanlagen. Grossen Einfluss auf den Lebensraum hat daneben auch die Agrarpolitik der EG, es verhält sich da nicht anders als mit der hiesigen Landwirtschaftspolitik. Ein vorläufiger Überblick über die Perspektiven der künftigen Raumordnung der Gemeinschaft (Dokument «Europa 2000») gibt näheren Aufschluss über die Problematik der EG. Die geplante Einbindung der Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum EWR bietet Anlass, sich damit zu befassen.

Die vom wachsenden europäischen Binnenmarkt ausgehenden raumplanerischen Chancen und Gefahren werden im Entwurf für ein Dokument Europa 2000 unter anderem wie folgt beschrieben:

● Chancen: Der Binnenmarkt bietet die Chance, dank technologischem Fort-

schrift und ausgewogener wirtschaftlicher Entwicklung den ganzen Raum der Gemeinschaft sinnvoll zu nutzen. Es geht also darum, den begrenzten Lebensraum Europas zweckmässig und nachhaltig zu nutzen: Ein Ziel, das sich für die Schweiz auch in der Bundesverfassung findet (Art. 29^{quater} BV).

● Gefahren: Bei unausgewogener Entwicklung könnten bestimmte Randgebiete isoliert und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden, was wiederum Bevölkerungswanderungen nach sich ziehen müsste. Ein ungesteuertes Wachstum schliesslich kann beispielsweise zu Verkehrsproblemen und Umweltschäden führen.

Noch weitergehend als in der Schweiz sind in der EG die Mitgliedstaaten für die raumordnungspolitischen Entscheide (also für die Raumplanung im weitesten Sinne) zuständig: Die Kompetenzen der EG beschränkten sich bisher im wesentlichen auf die Förderung der wirtschaftlich schwachen Randgebiete (ähnlich dem Bundesgesetz über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)). Die EG-Behörden möchten aber in Zukunft Informationen an die Mitgliedstaaten und an Private liefern, damit diese einen besseren Überblick über die europäischen Zusammenhänge erhalten. Nicht vorgesehen ist, daraus einen Leitplan für die künftige Entwicklung der EG zu machen. Ähnliches geschieht in der Schweiz: die Raumbewachung des Bundes zum Beispiel liefert den Kantonen Hinweise für ihre Raumplanung, eine umfassende Richtplanung des Bundes gibt es aber nicht. Ob das in Zukunft angesichts der auch in der Schweiz knapper werdenden wirtschaftlichen und ökologischen Ressourcen sowie der zunehmenden internationalen Standortkonkurrenz so bleiben kann, werden wir wahrscheinlich neu diskutieren müssen. VLP ■

WYSS MIRELLA 3000

Die Ökomaschinen, die weniger verbrauchen und mehr sparen.

WYSS MIRELLA

Gebr. Wyss AG Waschmaschinenfabrik 6233 Büron Tel. 045 74 00 74